



Presse-Information

Berlin, den 15. Januar 2012

06/2012

Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung lässt Fragen offen

ÖPNV wird als „unerlässlich für nachhaltigen Verkehr“ beschrieben, Aussagen zur Finanzierung bleiben vage.

Das Bundeskabinett hat in seiner heutigen Sitzung den Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland verabschiedet. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) begrüßt, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) darin als zentraler Bestandteil eines nachhaltigen Verkehrssystems in Deutschland beschrieben wird. Der ÖPNV ist laut des Berichtes nicht nur „klimaschonend“ und „nachhaltig“. Auf Seite 219 heißt es sogar in einer zitierten Stellungnahme: *„Am besten ist, CO₂ erst gar nicht zu produzieren. Dazu sollte im Nahverkehrsbereich die Nutzung des Autos erschwert werden und alternativ der ÖPNV und der Radverkehr massiv gefördert werden.“*

„Diese Situationsbeschreibung ist im Hinblick auf die von der Bundesregierung geplante CO₂-Reduktion im Verkehrsbereich absolut treffend. Denn Busse und Bahnen sind natürlich nach Fahrrad und Fußgängern die umweltschonendsten Verkehrsteilnehmer, gerade in Großstädten und Ballungsräumen. Dies wird im Nachhaltigkeitsbericht zwar erkannt, aber leider lässt die Bundesregierung auch hier die Frage nach der künftigen ÖPNV-Finanzierung offen“, erklärt VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Im Bericht ist über die konkrete Finanzierung und deren künftige Ausgestaltung wenig zu lesen. Die Bundesregierung weist lediglich darauf hin, dass der Bund mit jährlich rund 7,7 Milliarden Euro *„erhebliche Mittel für den ÖPNV zur Verfügung“* stelle. „Das ist ja auch richtig und wichtig, denn Nahverkehr ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern sichert als Teil der Daseinsvorsorge täglich die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Land. Gerade deshalb muss die Regierung noch in dieser Legislaturperiode über die Zukunft der für den Nahverkehr notwendigen Finanzmittel aus dem Entflechtungs- und Regionalisierungsgesetz entscheiden. Unsere Branche braucht Planungssicherheit“, so Wolff.

Die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände und der VDV hatten schon vor zwei Jahren in einer umfangreichen Finanzierungsstudie einen tatsächlichen Finanzierungsbedarf von nominal 1,77 Milliarden Euro jährlich für den Neu- und Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur ermittelt. Hinzu kommen etwa 2,4 Milliarden Euro, die für

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

dringende Sanierungsarbeiten benötigt werden. „Seit Jahren steigen die Fahrgastzahlen im deutschen ÖPNV, im vergangenen Jahr waren es 9,74 Milliarden Fahrgäste. Diese Steigerung ist sehr positiv, aber sie erhöht auch den Investitionsdruck auf die Unternehmen. Die fahren nämlich vielerorts bereits an Kapazitätsgrenzen und teilweise auf Verschleiß“, so Wolff abschließend.

Pressekontakt:

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Lars Wagner

Pressesprecher

Tel.: 030 399932-14

Mail: wagner@vdv.de

Verband Deutscher
Verkehrsunternehmen



Im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind rund 600 Unternehmen des Öffentlichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs organisiert. Täglich ersetzen Busse und Bahnen über 18 Millionen Autofahrten und 77.000 voll beladene Lkw. So sorgen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen dafür, dass Deutschland nachhaltig mobil bleibt!